Bioenergieanlagen

Gefahr im Verzug

[14.11.2024] Die Bioenergieverbände fordern eine Übergangslösung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), um hunderte von der Stilllegung bedrohte Bioenergieanlagen zu schützen. Das von der Bundesregierung angekündigte Biomassepaket müsse zumindest in Teilen noch vor der Bundestagsneuwahl umgesetzt werden.

Die im Hauptstadtbüro Bioenergie zusammengeschlossenen Bioenergieverbände drängen die Politik zu schnellem Handeln, insbesondere im Strombereich. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer Übergangslösung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), um hunderte von Bioenergieanlagen vor der Stilllegung zu bewahren, deren EEG-Vergütung ausläuft.

Sandra Rostek, Leiterin des Hauptstadtbüros Bioenergie, machte in einer Stellungnahme deutlich, wie dringend diese Maßnahmen sind: „Im Bereich der Bioenergie besteht akuter Handlungsbedarf, der nicht bis zur nächsten Legislaturperiode warten kann. Das angekündigte Biomassepaket muss zumindest in Teilen umgesetzt werden.“ Ohne eine kurzfristige Lösung würden wertvolle Terawattstunden an erneuerbarem Strom und Wärme aufs Spiel gesetzt, warnte sie.

Rostek forderte eine Erhöhung des Ausschreibungsvolumens im EEG für das Jahr 2025 auf 1.800 Megawatt. „Wenn Bioenergieanlagen aufgrund des viel zu geringen Ausschreibungsvolumens im EEG künftig keine Anschlussvergütung mehr erhalten oder 2025 keine neuen Anlagen mehr ans Netz gehen können, werden wir in Deutschland nicht nur unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern kaum reduzieren können, sondern eine ganze Branche an die Wand fahren“, warnte sie eindringlich. Die Abgeordneten aller Parteien seien gefordert, schnell eine Übergangslösung zu finden.

(al)

Stichwörter: Bioenergie, Bundesverband Bioenergie, Fachverband Biogas